

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 268 (1995)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(vom 16. Mai 1993 bis 15. Mai 1994)

Seit mehreren Jahren ist die Weltwirtschaft von einem *Konjunktureinbruch* betroffen, wie er in dieser Schärfe und Dauer in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts noch nie geschehen ist. Zwar sind die katastrophalen Folgen der grossen Krise nicht wie in den dreissiger Jahren in der damaligen Plötzlichkeit und zerstörerischen Wucht über eine völlig ratlose Welt hereingebrochen; aber die lähmende Wirkung der Rezession, die sich nach und nach über sämtliche Industrieländer ausgedehnt und indirekt auch die Schwellen- und Entwicklungsländer in Mitleidenschaft gezogen hat, ist zu einem vorrangigen Problem der Regierungen und der internationalen Institutionen im ökonomischen und sozialen Bereich geworden.

Insbesondere die überall anbrandende Welle der *Arbeitslosigkeit* hat bedrohliche Ausmasse angenommen. Etwa in Spanien ist die Zahl der Arbeitslosen von 16% im Jahre 1991 auf nun 23,4% angestiegen; aber auch in Finnland, Irland und Frankreich müssen Arbeitslosenzahlen von weit über 10% registriert werden. An dieser Grenze bewegen sich gegenwärtig auch Italien, Kanada, Australien, Holland und Grossbritannien. Selbst die notorischen «Motoren der Konjunktur» wie Westdeutschland, das die aus der Wiedervereinigung und Liquidation der DDR übernommenen, grossen Bürden natürlich noch lange nicht abgetragen hat, und die Vereinigten Staaten präsentieren Arbeitslosenzahlen von mehr als 5%. Und die Schweiz, wo dieses leidvolle Phänomen seit einer Generation praktisch unbekannt geblieben war, reiht sich nun in dieses düstere Gesamtbild ein.

Es sind jetzt immerhin einige Anzeichen am Horizont auszumachen, dass die Talsohle erreicht sein könnte und ein langsamer Wiederaufschwung naht. In den USA und in Grossbritannien ist die Arbeitslosigkeit im

vergangenen Jahr signifikant zurückgegangen, während sie überall sonst immer noch angestiegen ist. Zu Hoffnung Anlass geben vor allem die vergleichsweise günstigeren Zahlen des Sozialprodukts in manchen Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die ein durchschnittliches Wachstum von 3,6% zeigen; allerdings fielen Deutschland mit einem Rückgang um fast 1% und Japan mit einem Minus von 3,2% aus dem Gleichschritt. Die *industrielle Produktion* zeigt als Spitzenreiter der Zunahme neuerdings überraschenderweise die von der Rezession besonders stark gebeutelten Länder Belgien, Italien und Spanien, aber auch eine überdurchschnittliche Erholung in Australien, den USA, Schweden und Dänemark. Ein sprechendes Indiz dafür, dass im wirtschaftlichen Bereich das Schlimmste nun wohl durchgestanden ist, ergeben die *Börsenindices*, welche die Erwartungen in bezug auf den bevorstehenden Wirtschaftsverlauf prägnant zum Ausdruck zu bringen pflegen: mit Ausnahme von Japan haben im letzten Jahr sämtliche wichtigen Börsenplätze, zum Teil geradezu spektakulär, zugelegt, und zwar mit einem Durchschnitt von weltweit nahezu 10%!

Vollends erfreulich ist der Erfolgsausweis der *Inflationsbekämpfung*, indem die Teuerung in sämtlichen OECD-Ländern jetzt kein Problem mehr darstellt. Die Schweiz brilliert mit einer niedrigen Teuerungsrate von bald einmal nur noch gegen 1%, während diese in Deutschland bei 3,2%, in Italien bei 4,1% verharrte und in den USA das Niveau von 2,5% nicht überstieg. Allerdings weisen nach wie vor eine Reihe von Entwicklungs- und Schwellenländern, vor allem aber Russland und die GUS-Staaten, horrende Prozentzahlen des Wertzerfalls ihrer Währungen auf. So etwa nähert sich Brasilien wieder einmal einer Rekordmarke von 4000%, und in Russland kostet mittlerweile ein Dollar gegen 2000 Rubel! Demgegenüber ist es doch beispielsweise in Argentinien, Bolivien und Mexiko gelungen, die galoppierende Inflation in den Griff zu bekommen. Ein neuerdings infla-

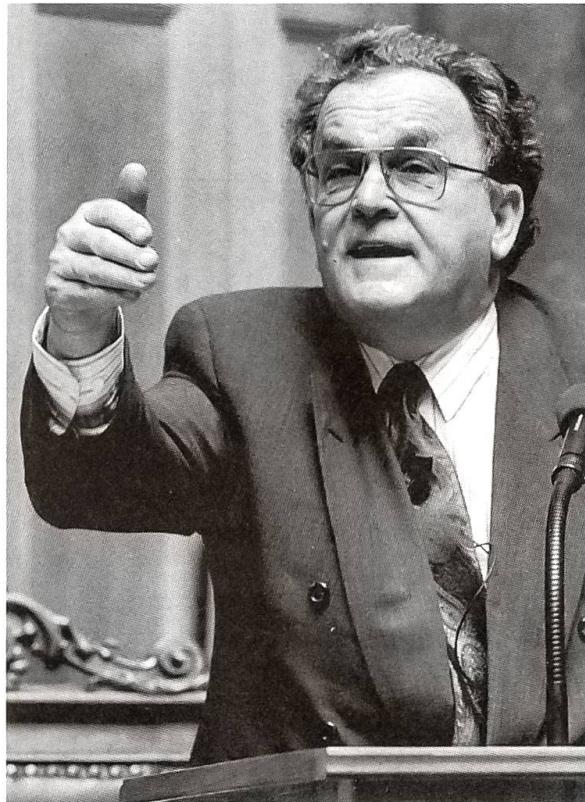
tionsgefährdetes Land ist inzwischen die Volksrepublik China geworden. Dort ist gelegentlich zur Wirtschaftsflaute anderswo einerseits dank der von der Regierung verfolgten Liberalisierung der vorher starren Strukturen der Planwirtschaft eine zweistellige Prozentzahl der Zunahme von Produktion und Sozialprodukt erzielt worden; aber andererseits droht das Preisgefüge aus den Nähten zu platzen und die Landeswährung Yüan in die Tiefe zu reißen.

Die Frage, welche sich aus Anlass der mutmasslich bevorstehenden konjunkturrellen Wende natürlicherweise stellt, ist, ob derartige alle Wirtschaftsabläufe beeinträchtigende, nachhaltige Konjunkturereignisse eigentlich unvermeidbar seien oder nicht. Die Ansichten darüber gehen in den Wirtschaftswissenschaften auseinander. Eine realistische Meinung dürfte die nachstehend von Gottfried Haberler geäussernte sein: «Aus gutem Grund kann man annehmen, dass kräftiges, lang andauerndes Wachstum einer gelegentlichen Ruhepause bedarf. Ein leichter Konjunkturabfall und ein geringes Mass von Arbeitslosigkeit sind vermutlich von Zeit zu Zeit notwendig zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin, zur Senkung der Kosten, zur Ausmerzung von leistungsschwachen Elementen und zur Verarbeitung neuer Erzeugnisse und Prozesse, die während der vorangegangenen Expansion eingeführt wurden.» Aber, was schwerere Krisen anbelangt, fährt

dieser Autor fort: «Kein Mensch wird sich heute auf den Standpunkt stellen, dass schwere Depressionen das Wachstum fördern oder sonst irgendwelche nützliche Funktionen ausüben.» Diese Beurteilung erhärtet sich auch darin, dass bei einem allmählich markanteren Aufschwung der Wirtschaft heute nicht mehr erwartet wird, der in der Rezession dezimierte Beschäftigungsstand werde wieder vollständig restauriert werden; vielmehr scheint es, dass, weil eben viele Arbeitsplätze inzwischen unter dem Druck notwendiger Kosteneinsparungen und Produktionsanpassungen an eine veränderte Nachfrage wegrationalisiert worden sind, eine sogenannte Sockelarbeitslosigkeit von mehreren Prozent zu einem Dauerzustand geworden ist.

In der heutigen Zeit der immer intensiver werdenden Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Kontinenten, Regionen und Ländern werden die Regeln, nach denen der Handel und die anderen Wirt-

schaftsströme international ablaufen, zusehends wichtiger für das Gedeihen der einzelnen Länder ebenso wie für die Wohlstandsentwicklung aller. Aus diesem Grunde muss im Blick auf die verschiedenen Ereignisse und Entwicklungen im vergangenen Jahr der erfolgreiche *Abschluss der sog. Uruguay-Runde im GATT* als ein an der Nahtstelle zwischen Wirtschaft und Politik ausserordentlich bedeutsames Geschehnis betrachtet werden. In



Otto Stich
Bundespräsident für das Jahr 1994
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Punta del Este (Uruguay) 1986 in Gang gesetzt, haben sich die Verhandlungen zu dieser achten Runde der Annäherung und Handelsliberalisierung zwischen den rund 120 am GATT beteiligten Ländern über sieben wechselvolle Jahre hingezogen. Es war keineswegs sicher, ob es gelingen werde, die noch übriggebliebenen Differenzen namentlich hinsichtlich der Liberalisierung des Agrarhandels zwischen der EU und den Vereinigten Staaten und mit einem auch für Frankreich akzeptablen Kompromiss zu bereinigen.

Das neue Vertragswerk, welches am 15. Dezember endlich aus der Taufe gehoben werden konnte, wird nach aller Voraussicht einen massiven Effekt der Wohlstandvermehrung nach sich ziehen und die daraus resultierenden Einkommen im Verlauf der nächsten zwanzig Jahre um schätzungsweise 800 Milliarden Dollar erhöhen. Es bringt eine beispiellose Ankurbelung der Wirtschaft in den Industrieländern. Allerdings wird die Befreiung des Welthandels von sämtlichen Fesseln die ärmeren Entwicklungsländer ungleich weniger begünstigen, ja es könnte unter Umständen für diese auch gewisse nachteilige Folgen haben. Auf der Kehrseite der Medaille figurieren auch die möglichen negativen Auswirkungen der stärkeren Erschliessung der Ressourcen der Welt auf die Aspekte des Umweltschutzes, deren man sich eben erst weltweit so richtig bewusst geworden ist. Diese in Rechnung zu setzenden Schattenseiten müssen noch ihrerseits durch zu vereinbarende Massnahmen der Solidarität zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern aus der Welt geschafft werden. Dass dies geschehen wird, erscheint aber heute so gut wie sicher. Das GATT, bisher lediglich eine vertragliche Bindung der Teilnehmer ohne starke Institutionalisierung, soll im übrigen nun in eine Welthandelsorganisation (WTO) umgewandelt werden.

Fortschritte gemacht worden sind auch an einer anderen, diesmal nur für Europa sehr wichtigen Nahtstelle zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Bereich. Die Verhandlungen zwischen der EU und den vier beitrittswilligen EFTA-Ländern *Österreich, Schweden, Finnland* und *Norwegen* konnten nach einigen

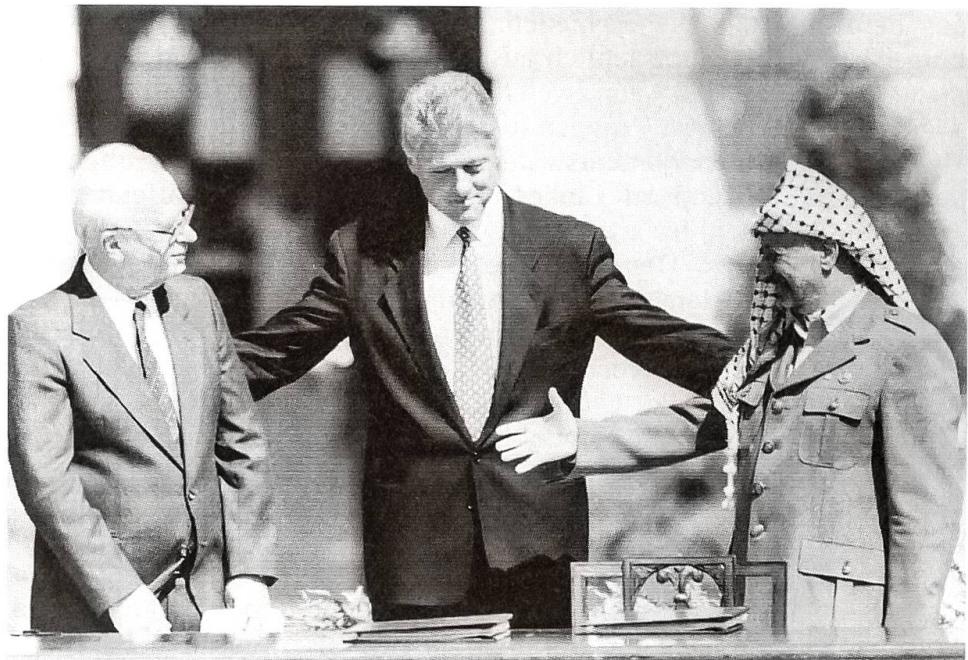
Schwierigkeiten auf der Zielgeraden am 30. März erfolgreich zu Ende geführt werden. Es waren nicht so sehr Probleme des Vertragsinhalts mit den genannten Beitrittskandidaten als vielmehr ein harter interner Disput in der EU über die Frage, wie es um die Mehrheitsverhältnisse in Abstimmungen in der EU nach erfolgtem Beitritt der neuen EU-Mitgliedstaaten bestellt sein soll, welcher noch zu einer Unsicherheit und Verzögerung im «Expansionsfahrplan» führte. Schliesslich setzte es Grossbritannien im Verein mit Spanien durch, dass die bisherige Sperrminorität von 27 Stimmen nach dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten der EU nicht erhöht werden soll. Freilich muss damit in Kauf genommen werden, dass die Möglichkeit der Verhinderung eines Entscheids in der EU angesichts der Vermehrung der Stimmenzahl durch die neu hinzutretenden Mitglieder zunimmt.

Bei dieser Gelegenheit ist einmal mehr klar geworden, dass die internen Strukturen der EU einer Überprüfung und im Hinblick auf das Verhältnis zwischen kleineren und grösseren Mitgliederländern in absehbarer Zeit einer befriedigenderen Ordnung im Sinne eines mehr föderalistischen Konzepts bedürfen. Nachdem die Modalitäten des Beitritts mit den vier Kandidaten aus dem Kreis der EFTA nun festgeschrieben worden sind, müssen die Verträge in jedem einzelnen dieser Länder im Verlauf dieses Jahres noch ratifiziert werden. Die Beitritte werden erst rechtswirksam, nachdem diese letzte Hürde in jedem der vier Staaten erfolgreich genommen sein wird. Die diesbezügliche Volksabstimmung ist in Österreich am 12. Juni unmittelbar bevorstehend.

Im übrigen ist zu sagen, dass die Einigung mit den vier Kandidaten aus der EFTA in Brüssel nur so rasch zustande kommen konnte, weil vorher andere wichtige, interne Probleme allseits befriedigend hatten gelöst werden können. Zu dieser Sequenz für die Fortentwicklung der europäischen Integration positiver Weichenstellungen gehört einmal die Zustimmung Dänemarks zu den Maastrichter Verträgen in einem zweiten Plebisitz am 18. Mai, nachdem dem kleinen Land eine Reihe von wichtigen Ausnahmeregelungen zugestanden worden waren, und

dann die Zustimmung des Unterhauses in Westminster zu diesen Verträgen am 20. Mai mit der am 2. August nachfolgenden Ratifikation. Es kam dabei aber zu einer Distanzierung Grossbritanniens von der Sozialcharta. Am 1. November konnten die Maastrichter Verträge in Kraft gesetzt werden, womit die EG im politischen Bereich zur Europäischen Union (EU) geworden ist. Auch einen Schadensfall erster Ordnung hat die EG glimpflich überlebt: Am 1. August erlitt nämlich, allerdings keineswegs unerwartet, das europäische Währungssystem (EWS) mit seinen allzu knapp gehaltenen Bandbreiten der Wechselkursrelationen einen Kollaps. Auf Jahresanfang schliesslich ist der EWR-Vertrag mit (wegen des Ausscherens der Schweiz) einjähriger Verspätung in Kraft getreten. Dadurch ist der volle Binnenmarkt der EG durch die mit dem EWR jetzt mit eingebundenen EFTA-Staaten ergänzt worden.

Dem Blick auf die politische Szenerie im westlichen Europa zeigen sich im Berichtsjahr ausser gegenläufigen Veränderungen der politischen Mehrheitsverhältnisse kaum dramatische und nur wenige ausserordentliche Kulissenbilder. Ein einheitlicher Trend lässt sich nicht ausmachen. In den Parlamentswahlen vom 6. Juni in Spanien gingen die Sozialisten ihrer absoluten Mehrheit verlustig; sie siegten aber dennoch knapp über die konservative Opposition. Der Sozialist Felipe Gonzalez blieb trotz einiger peinlicher Affären und Skandale in seinem un-



Historischer Händedruck

Israels Premier Rabin (links) und PLO-Chef Arafat unterzeichnen am 13. September 1993 beim amerikanischen Präsidenten Clinton einen Grundlagenvertrag. Dieser bringt in der Folge im Mai 1994 im Gazastreifen und bei der Stadt Jericho den Abzug der israelischen Besatzungstruppen und die ersehnte Selbstverwaltung für die Palästinenser.
(Foto: Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

mittelbaren Umfeld Ministerpräsident. In der Türkei gelangte mit Tansu Ciller zum erstenmal eine Frau an die Spitze der Regierung. Wider Erwarten und trotz der immer noch schwelenden bürgerkriegsähnlichen Konfrontation mit der militanten Faktion kommunistischer Kurden vermochte die konservative Partei der Ministerpräsidentin sich in den Regionalwahlen von Ende März als stärkste Kraft zu behaupten.

In Norwegen errang die Arbeiterpartei am 13. September einen Wahlsieg; die Frauen vereinigen jetzt zwei Fünftel aller Parlamentssitze auf sich. In Deutschland fanden am 5. Dezember Kommunalwahlen in Brandenburg und am 14. März Wahlen für den Landtag in Niedersachsen statt, denen wegen der herannahenden Bundestagswahl grössere Bedeutung zugemessen wurden. In beiden Ausmarchungen kam es zu Erfolgen der Linken und zu einer Schlappe der CDU/CSU. In Niedersachsen ist die FDP wegen Nichterreichens der Fünfprozent-Hürde

aus dem Landtag ausgeschieden. In Brandenburg ist jetzt die hauptsächlich aus Ex-Kommunisten bestehende PDS zur zweitstärksten Partei avanciert. In *Frankreich* gingen die am 27. März abgehaltenen Departementswahlen zwischen den Bürgerlichen und den Linken unentschieden aus; die eigentlich erwarteten Gewinne der ersten blieben aus. Demgegenüber kamen die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 4. Mai in den *Niederlanden* einem Erdutsch gleich. Von den beiden bisherigen Koalitionspartnern in der Regierung sanken die Christdemokraten von 35% der Stimmen auf gerade noch 22% ab, während die Sozialdemokraten ihrerseits eine kalte Dusche erhielten und auf 24% zurückgingen. Am besten schnitten die liberalen Demokraten ab, die ihren Wähleranteil auf 15,5% verdoppelten, während sich die rechtsliberale Volkspartei mit 20% der Stimmen (+5%) als drittstärkste Partei konsolidierte. Das Wahlresultat spiegelt das weit verbreitete Missbehagen mit dem holländischen Wohlfahrtsstaat wider.



Präzisionsarbeit im All

Ein siebenköpfiges Team der Raumfähre «Endeavour» repariert in einer elftägigen Mission das defekte Weltraum-Teleskop «Hubble». Grossen Anteil am Gelingen hat der Schweizer Astronaut Claude Nicollier (in der Bildmitte bei einem Interview).

(Foto: Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

Mit allergrösster Spannung blickte man auf die Ende März vorgezogenen Parlamentswahlen in Italien, welche den Auftakt zur neu geregelten «zweiten Republik» bildeten. Ein grosser Teil der alten Garde von Politikern ist wegen ihrer offenbar gewordenen habituellen Unmoral und als Quittung für unzählige Korruptionsaffären weggefegt worden. Neue Kräfte, Parteiformationen und Wahlallianzen haben deren Platz auf der politischen Vorderbühne eingenommen. Die Wahlen gipfelten in einer Ausmarchung zwischen zwei fast gleich starken Blöcken – der Linken inklusive die unter neuem Namen agierenden Kommunisten auf der einen Seite, und auf der anderen Seite eine heterogene Allianz der Rechten, bestehend aus der neu entstandenen «Forza Italia», der vor allem in der Lombardei starken «Lega Nord» und der hauptsächlich aus den Faschisten des MSI bestehenden «Alleanza Nazionale». Aus den Urnen stieg als klarer Sieger das Lager der Rechten; dieses eroberte 366 von 630 Sitzen. Der erfolgreiche Unternehmer, Verleger und Zeitungsbesitzer Silvio Berlusconi, Chef der «Forza Italia», ist hierauf mit der Bildung der ersten Regierung der zweiten Republik betraut worden. Ihm fällt die schwierige Aufgabe zu, eine noch ungetestete Koalition zusammenzuhalten und mit der neuen Regierung den hochgespannten Erwartungen auf einen neuen Regierungsstil ohne die bisherige, eng verfilzte Vetternwirtschaft und skrupellose Korruption Genüge zu tun. Was immer die Zukunft bringen wird, zum mindesten hat Italien dank der erstaunlich konsequenten Intervention der «Mani

pulite» eine neue Startchance für Demokratie und rechtsstaatliche Ordnung erhalten!

Andere Ereignisse in der gleichen politischen Arena seien hier selektiv aufgeführt: In *Belgien* verabschiedete das Parlament eine Staatsreform, die zwecks Überwindung des endemischen Sprachenstreits nun aus den drei Regionen Flandern, Wallonien und der zweisprachigen Stadt Brüssel einen Bundesstaat geschaffen hat. Kurz nachher, am 31. Juli, ist der belgische König Baudouin, der für den Zusammenhalt seines Landes Entscheidendes geleistet hat, einer Herzattacke erlegen. Auf den Thron gelangte dessen jüngerer Bruder als Albert II. In *Frankreich* haben wieder einmal die Studenten mit Manifestationen des Unmuts auf der Strasse politischen Einfluss ausgeübt. Ein Dekret der Regierung Balladur über die Stellung des Staats gegenüber den Privatschulen und über Subventionen, vor allem aber betreffend die Zulässigkeit von Unterschreitungen des gesetzlichen Minimallohnes für junge Leute, erregte landesweiten Protest bei Schülern und Studenten. Die Welle von Demonstrationen führte dazu, dass das unliebsame Dekret von der Regierung suspendiert worden ist. In *Grossbritannien* sind am 12. März vom anglikanischen Bischof Rogerson 33 Frauen zu Priesterinnen geweiht worden.

Der östliche Teil von Europa, seit einigen Jahren glücklich dem sowjetischen Joch entronnen, laboriert nach wie vor an der umständehalber äusserst schwierigen Normalisierung der



Schwere Überschwemmungen in Deutschland, Frankreich, Holland und Belgien
Kurz vor Weihnachten 1993 führen diese Hochwasser zu Millionenschäden
und zu zahlreichen Evakuierungen. Unser Bild zeigt eine überschwemmte
Geschäftsstrasse in Köln.
(Foto: Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse herum. Die materiellen Lebensbedingungen sind für den grössten Teil der Bevölkerung in den Oststaaten noch nicht besser, sondern vorläufig noch immerzu schlechter geworden. Das begünstigt die Ausbreitung einer Nostalgiewelle nach den vormaligen Zuständen. Damals war die Versorgung zwar knapp, aber doch eben ausreichend, soweit es die Güter des täglichen Bedarfs zu erschwinglichen Preisen betraf. Die Verklärung der Vergangenheit beginnt auch politische Auswirkungen zu haben und schlägt sich in Wahlergebnissen nieder.

Die keineswegs in den Untergrund abgetauchten Ex-Kommunisten erleben neuerdings manchenorts eine Art von Renaissance mit De-facto-Rehabilitierung. Diese Tendenzen sind in *Litauen*, *Polen*, *Ungarn* und in der *Ukraine* nicht zuletzt in Wahlen deutlich geworden, am meisten aber in *Russland* und einigen *GUS-Ländern*. Im Wirtschaftsleben aller dieser Länder haben die Seilschaften der Ex-

Kommunisten, die an Stelle ihres marxistischen Dogmas die Symbole eines modisch gewordenen Nationalismus hochgezogen haben, vielfach ihren Einfluss wieder verstärkt.

Beeindruckende Fortschritte in der Umstellung zur Marktwirtschaft hat in erster Linie die *Tschechische Republik* mit erstaunlichen Handelsbilanzzahlen und einer sehr niedrigen Inflationsrate gemacht, gefolgt von *Ungarn* und, mit etwelchem Abstand, neuerdings auch von *Polen*. Die Währungsreformen in den baltischen Staaten bewirkten zwar eine Verstetigung des Preisniveaus, aber der Lebensstandard verharrt dort vorläufig immer noch auf einem bedrückend tiefen Niveau.

Die deprimierenden Konsequenzen des wirtschaftlichen Niedergangs zeigen sich am augenfälligsten in *Russland*, wo die Autorität des gewählten Staatspräsidenten Jelzin nicht ausgereicht hat, die kühnen Reformpläne unbeschadet politisch durchzuziehen. Am 1. September sah

sich Jelzin gezwungen, seinen Vizepräsidenten Ruzkoi wegen dessen offen sabotierender Haltung abzusetzen. Das unter dem vormaligen Regime bestellte, widersetliche Parlament löste Jelzin am 21. September mit Ankündigung von Neuwahlen auf. Hierauf inszenierte dieses unter der Führung von Parlamentspräsident Chasbulatow und von Ruzkoi (als neu bestelltem Gegenpräsidenten gegen Jelzin) einen Staatsstreich, indem es sich weigerte auseinanderzugehen. Auf diese machtpolitische Herausforderung antwortete Jelzin mit einem Gegenschlag, indem er am 4. Oktober das Parlamentsgebäude in Moskau militärisch stürmen liess. Die Jelzin-Gegner ergaben sich und wurden verhaftet. Aber Jelzin hatte nur halbwegs gesiegt: Zwar fand er in der Verfassungsabstimmung vom 12. Dezember die Billigung einer Mehrheit im Land; aber es sollte sich bald herausstellen, dass die politische Zusammensetzung der neuen Staats-Duma keineswegs seinen Wünschen entsprach und die Reformpläne weiterhin sabotiert wurden. Schon am 17. Januar verzichtete sein Chefreformer, Gaidar, auf die Beteiligung an der Regierung. Es folgte ein Affront der Staats-Duma, als diese am 23. Februar mit 252 zu 67 Stimmen eine Amnestie für alle Teilnehmer am Putsch nicht nur vom vergangenen Herbst sondern auch am gegen Gorbatjow gerichteten Putsch vom Sommer 1991 beschloss! Dazu kommt, dass in der clownesken und sprunghaften Person von Schirinowski, der mit seinen wirren, nationalistischen Slogans nicht weniger als etwa 30% seiner Landsleute hinter sich geschart hat, ein



Machtkampf in Moskau

Nach der Auflösung des Parlamentes durch Präsident Jelzin am 21. September 1993 kommt es in der russischen Hauptstadt zu tumultuösen Auseinandersetzungen. Unser Bild zeigt Demonstranten beim Bau von Barrikaden in der Moskauer Innenstadt. Erst massiver Einsatz von Panzern bringt die Jelzin-Gegner zur Kapitulation.

(Foto: Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

Gegenspieler auf den Plan getreten ist, der aus den Frustrationen aus den harzenden Umstellungen in Wirtschaft und Politik Russlands politische Dividenden einstreichen will und mit allen Mitteln und raffinierten Tricks zielstrebig die Macht im Kreml anvisiert.

Eher Erfolge konnte der im Innern arg bedrängte Jelzin in den Aussenbeziehungen erringen, und zwar einerseits in der gelungenen Konterung des weiträumigen Ausgreifens der NATO in die Russland benachbarten Gebiete, andererseits dadurch, dass in der hoffnungslos verfahrenen Situation in Ex-Jugoslawien Russland von den Westmächten neuerdings gestattet worden ist, als Vermittler auf dem Balkan wieder ein wichtiges Wort mitzureden. Unverkennbar hat Russland auch in einigen Staaten der GUS wieder mehr Einfluss zurückgewonnen, so in Weissrussland und in den Ländern am Kaukasus. Nur das Verhältnis zur *Ukraine* scheint wegen unbezahlter Energielieferungen Russlands, im Zusammenhang mit der Aufteilung der sowjetischen Schwarzmeer-Flotte und dem Gebrauch des Kriegshafens von Sewastopol, vollends aber wegen der Frage der Zugehörigkeit der mehrheitlich von Russen besiedelten Halbinsel Krim zur Ukraine, dauernd gestört.

Die Welt strotzt von jeher von unzähligen Konfliktherden. Je nach der jeweils gegebenen Konstellation und den politischen Umständen und gesellschaftlichen Wirkfaktoren können diese plötzlich zu offenen Krisen eskalieren und zu virulenten Eruptionen der Gewalt und Gengewalt führen, mit inbegriffen Bürgerkriege und Kriege zwischen Staaten und ganzen Machtblöcken.

Gegenwärtig sind ausnahmsweise gerade keine zwischenstaatlichen Kriege im Gang; aber dafür gibt es eine unverhältnismässig grosse Zahl von innerstaatlichen Konflikten, in denen entweder sporadisch oder permanent in organisierter Form Gewalt zur Anwendung gelangt. Die Liste der virulenten Konflikte mit ihren makabren Opfern und sinnlosen Zerstörungen ist lang. Sie reicht von Angola, Ruanda und einigen anderen afrikanischen Ländern über Kambod-

scha, Peru und die mexikanische Provinz Chia- pas bis nach Europa mit Nordirland, dem Bas- kenland, Korsika und zur Tragödie in Bosnien- Herzegowina, über Randstaaten der GUS bis ins Gebiet der Kurden in der Türkei.

Die Friedensbemühungen der UNO und andere Vermittlungsversuche haben vielleicht einige bestehende oder potentielle Konflikte eingedämmt bzw. Fronten stabilisiert; aber nur in ganz wenigen Fällen ist es gelungen, den Frieden zu wahren oder wieder herzustellen. Noch in der Schwebe ist der Konflikt zwischen *Israel* und den Palästinensern. Mit der Gewährung der Autonomie an die PLO-Faktion von Arafat mit Aussonderung des Gaza-Streifens und der Stadt Jericho am Jordan hat jetzt ein Experiment der Befriedung der Araber seinen Anfang genommen. Aber in *Bosnien-Herzegowina* wird trotz allen Vermittlungsbemühungen von westlichen Emissären und auch trotz des gegen die als Aggressoren betrachteten Serben gerichteten kollektiven Drucks, mit inbegriffen ein Handelsembargo und, erstmals zur Anwendung gebrachte, militärische Sanktionen der NATO, weiter gekämpft. Ein alle an diesem verwirrenden und schrecklichen Kriegsgeschehen Beteiligten umfassender Kompromiss ist nicht in Sicht, und es scheint ganz so, als ob es sich hier um jenen Fall handle, bei dem die Konfliktlösung lediglich von der totalen Erschöpfung aller Kräfte erwartet werden kann! Auf Betreiben der Vereinigten Staaten ist es immerhin gelungen, wenigstens die militärischen Operationen zwischen Kroaten und Muslimen zum Stillstand zu bringen, worauf am 2. März ziemlich überraschend in Washington in Gegenwart von Präsident Clinton ein Grundlageabkommen über die Gründung eines Bundesstaats zwischen Kroatien und den Muslimen Bosniens unterzeichnet worden ist. Aber die Serben sind zu verbindlichen Zusagen über die Aufteilung oder Kantonalisierung von Bosnien-Herzegowina nicht bereit.

Demgegenüber konnte in *Südafrika* – was geradezu als ein Wunder betrachtet werden kann – die jahrelange, harte Auseinandersetzung über die Apartheid, d. h. die Gewährung gleicher Rechte an die Schwarzen mit auf einer neuen Übergangsverfassung abgestützten, allgemeinen

Wahlen von Ende April jetzt beigelegt werden. In diesem Vielvölkerstaat hat damit ein neues Kapitel der Geschichte begonnen. Der Ausgang dieser Wahlen entsprach den Erwartungen: Der ANC hat über 60% der Stimmen auf sich vereinigt, die NP der zum Ausgleich bereiten Weissen etwa einen Fünftel, während die Inkatha-Partei der Zulus, die erst im letzten Moment auf den Wahlboykott verzichtet haben, knapp über 10% erlangten. Diese drei Parteien bilden jetzt nach ihrer proportionalen Stärke die Regierung



Erste freie Wahlen in Südafrika

Nelson Mandela, der Führer des Afrikanischen Nationalkongresses ANC und – zusammen mit Staatspräsident Frederik de Klerk – Friedensnobelpreisträger 1993 ist Gewinner dieser Wahlen. Erfreulicherweise für die ganz Welt laufen diese ersten freien Wahlen friedlich und ohne grosse Zwischenfälle ab. Unser Bild zeigt Staatspräsident Nelson Mandela (rechts) zusammen mit Vizepräsident Thabo Mbeki bei ihrer Vereidigung.
(Foto: Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

des neuen Südafrika. ANC-Führer Mandela hat den bisherigen Präsidenten de Klerk abgelöst, und dieser ist Vizepräsident geworden. Die bisherigen, theoretisch unabhängigen schwarzen Homelands sind wieder in die Republik Südafrika eingegliedert worden, aus den bisher vier Provinzen sind neu deren neun formiert worden. Die definitive, noch auszuhandelnde neue Staatsverfassung wird später über gewisse, besondere Autonomiezugeständnisse – so an das «Königreich der Zulus» (Kwa Zulu) – entscheiden. Südafrika hat sich auch entsprechend den neuen politischen Realitäten eine neue, buntfarbige Landesflagge zugeeignet.

Wenn die lange erdauerte, im Sinne eines allgemeinen Konsenses ausgehandelte Kompromisslösung Bestand hat und sich in der Praxis bewährt, dann bedeutet diese friedliche Umwälzung in Südafrika einen Hoffnungsschimmer auch für andere Länder in der Welt, wo immer es darum geht, rassische und ethnische Gegensätze mit demokratischen Strukturen in einem für alle gleichen Rechtsstaat zu überbrücken und die Chancen nicht *a priori* einem privilegierten Segment der Bevölkerung allein zu reservieren. Auf der anderen Seite dürfen die mit diesem erstmaligen Experiment verbundenen realen Schwierigkeiten nicht unterschätzt werden. Auffallend ist jedoch, dass offenbar die bisher in ihren Entfaltungsmöglichkeiten zurückgebundene und bis vor kurzem noch systematisch unterdrückte, grosse Mehrheit der Schwarzen in Südafrika sich nicht von Ressentiments und Rachegefühlen motivieren lässt sondern zur Versöhnung und zur konstruktiven Zusammenarbeit mit der wirtschaftlich heute immer noch tonangebenden weissen Minderheit bereit ist.

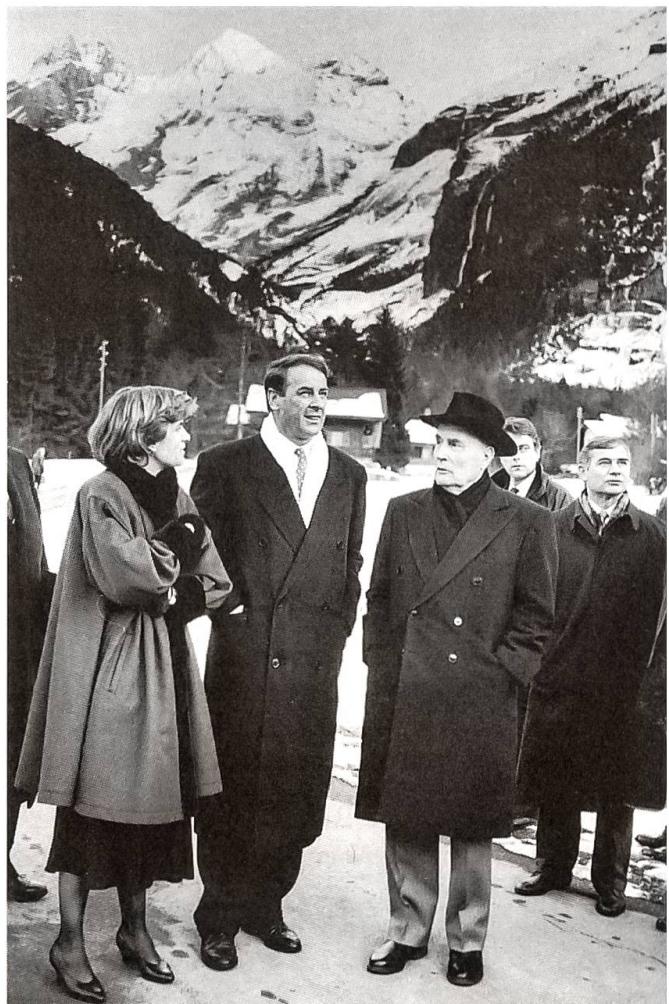
* * *

Was die politische Szene in der Schweiz anbelangt, so wies diese im Berichtsjahr einen mit den verschiedensten Themen vollgestopften Abstimmungskalender auf. Am 6. Juni wurde eine gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge vom amerikanischen Typ F/A-18 gerichtete Volksinitiative mit 57% Nein-Stimmen abgelehnt; gleichzeitig verwarf auch eine Mehrheit eine

zweite, gegen die Armee gerichtete Initiative, welche sich die Verhinderung des Ausbaus von Waffenplätzen zum Ziel gesetzt hatte. Am 26. September hingegen wurden alle fünf zur Abstimmung gelangenden Vorlagen vom Souverän mit grossem Mehr angenommen, eine Änderung der Arbeitslosenversicherung mit 70% Ja, die Bewilligung des Kantonswechsels des bisher bernischen Laufentals zum Kanton Basel-Land mit 75% Ja sowie die Aufwertung des 1. August zum offiziellen Feiertag, eine Teilrevision der Krankenversicherung, ein Verfassungsartikel gegen den Waffenmissbrauch mit je über 80%.

Ebenfalls gnädig gestimmt war der Souverän am 28. November: er akzeptierte im vierten Anlauf nunmehr den Systemwechsel von der Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer; hingegen lehnten die Stimmbürger am gleichen Tag die sog. Zwillingsinitiative ab, die ein Werbeverbot für Alkohol und Tabak betraf. Am 20. Februar gingen neuerdings fünf Vorlagen vor das Volk; auch diese wurden allesamt angenommen. Ziemlich überraschend war die Annahme der sog. Alpeninitiative mit 51,9% Stimmen; diese stellt den Ausbau von Strassentransitstrecken im Alpengebiet unter Verbot und soll Schwerlastverkehr auf die Bahn zwingen. Vor allem die an Transitstrecken liegenden Kantone Luzern, Nidwalden, Uri und Tessin mobilisierten phänomeneale Ja-Mehrheiten gegen die als existenzielle Bedrohung empfundene, stetig anwachsende Strassenverkehrs-Lawine. Die Kehrseite ist, dass es – wie bei der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 – wiederum zu einer Majorisierung der geschlossen ablehnenden welschen Kantone durch die deutschsprachige Schweiz gekommen ist, was dort einmal mehr grossen Unmut auslöste. Die anderen vier Vorlagen waren weniger kontrovers; sie betrafen die definitive Einführung der Autobahnvignette, die Modalitäten der Schwerverkehrsabgabe und das Luftverkehrsgesetz, gegen welches das Referendum ergriffen worden war.

Auch das Parlament hat sich reich befrachtete Traktandenlisten zugemutet. Wegen dringender



Ein Höhepunkt im Amtsjahr von Bundespräsident Ogi
Der französische Staatspräsident Mitterand (mit Hut)
besucht Bundespräsident Ogi
in dessen Heimatgemeinde Kandersteg.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

und bis zum Sessionsbeginn nicht beendeter Restaurierungsarbeiten im Bundeshaus, insbesondere im Nationalratsaal, kam es zu einer aussergewöhnlichen Verlegung des Ratsgeschehens von Bern in ein modernes Konferenzzentrum in Genf. Die Parlamentarier, und mit ihnen die durch diese Dislokation stark geforderten Instanzen der Bundesverwaltung, bestanden den ungewohnten organisatorischen Leistungstest mit Bravour. Auf allen Ebenen blieb ein reibungsloser Sessionsverlauf gewährleistet. Dass Genf und die benachbarte Waadt die günstige Gelegenheit nutzte, um die Attraktivität der

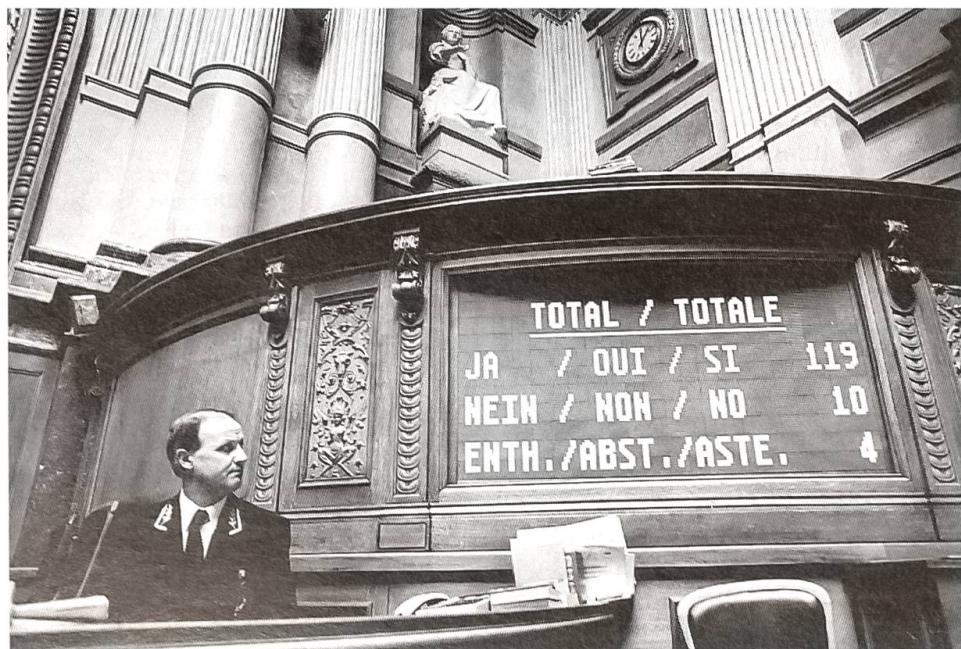
Genfersee-Region vor den eidgenössischen Parlamentariern mit einem reichhaltigen Angebot von festlichen Anlässen und Besichtigungstouren ins Licht zu rücken, ist verständlich. Schwerpunkt der Verhandlungen war die delicate Behandlung einer Teilrevision des Krankenversicherungs-Gesetzes; dessen erfolgreiche Verabschiedung konnte allerdings wegen schwierig zu behebenden Differenzen erst in der Frühjahressession erfolgen.

In dieser letzteren Session wurde der Bericht des Bundesrats zur Aussenpolitik und Neutralität weitschweifig und sehr kontrovers durchberaten. Die Mehrheit beschloss einfach, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Das vom Bundesrat angeführte strategische Ziel eines (eventuell) späteren Beitritts zur EU vermochte nicht jedermann zu befriedigen; vorläufig ist keine andere Option offen, als auf bilaterale Verhandlungen mit Brüssel zu drängen, um im europäischen Integrationsprozess nicht als «quantité négligeable» liegen gelassen zu werden. Die EU scheint willens, auf Verhandlungen über ein Dossier von ungelösten Fragen des gegenseiti-

gen Verhältnisses einzutreten. Aber der Zeitpunkt ist offen geblieben. Es gibt leider gewisse Indizien, dass die Schweiz in Brüssel bewusst in den Wartesaal verwiesen wird. Der Affront, wie ihn der schweizerische Souverän in bezug auf den EWR-Vertrag – und einmal mehr mit der Annahme der Alpeninitiative – geleistet hat, könnte in der einen oder anderen Form noch einen hohen Preis kosten.

Eine grössere Zahl von innenpolitischen Fragen, die nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen, ist pendent geblieben – so etwa die Ausgestaltung und Finanzierung der ungenügenden Arbeitslosenversicherung, die 10. AHV-Revision, die Regierungsreform, die Sanierung des tief in die roten Zahlen geratenen Bundeshaushalts, welcher 1993 ein Rekorddefizit von 7,8 Mrd. auswies und auch 1994 nichts Besseres verspricht. Die Diskussionen über die Bundesfinanzen drehen sich zentral um die Frage, wieviel und aus welchen allenfalls ergiebigen Einnahmequellen noch zusätzliche Gelder

für die Bundeskasse beschafft und, auf der anderen Seite, um wieviel und wo Bundesausgaben gehörig zurückgestutzt werden können. Mehrere Sanierungspakete folgen sich auf dem Fuss; doch es sieht ganz so aus, als ob in der absehbaren Zeit ein recht hoher Defizitsockel übrigbleibe und sich der Bund somit noch mehr verschulden müsse, bevor allenfalls das Gleichgewicht in den Bundesfinanzen wieder hergestellt ist. Ein auch starker konjunktureller Wiederaufschwung würde nämlich keineswegs die Defizite von selber zum Ver-



Elektronische Abstimmungsanlage im Nationalrat
Neuerdings stimmen die Mitglieder des Nationalrates per Knopfdruck elektronisch ab.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

schwinden bringen, sind doch diese nur zu einem Teil eine Rezessionsfolge, zum anderen Teil aber die Auswirkung struktureller Schwächen im Bundeshaushalt, die zu korrigieren leider vormals verpasst worden ist.

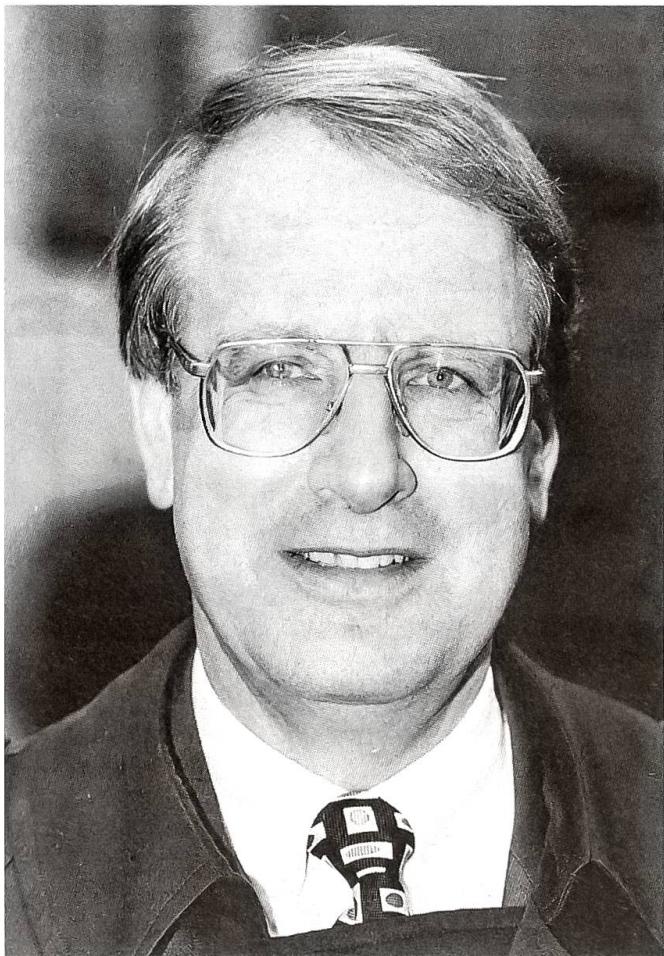
Die Schweiz leidet noch immer stark unter der Rezession. Insbesondere ist die grosse Zahl von Arbeitslosen zu einer schweren Bürde geworden. Immerhin sind neuerdings einige Lichtblicke sichtbar. Die Exporte entwickeln sich leidlich gut, und seit der zweiten Hälfte 1993 zieht auch die Nachfrage auf dem Binnenmarkt allmählich wieder an. Die Teuerungsrate ist mittlerweile auf unter 1% abgesunken, und das tiefere Zinsniveau brachte den Gläubigern Entlastung. Auch die Mieten sind im Begriff ermässigt zu werden. Andererseits machen sich aber jetzt bei manchen Unternehmen die bedrohlichen Spätfolgen der Rezession erst richtig bemerkbar: neben Redimensionierungen, Firmenaufkäufen, Unternehmenszusammenschlüssen und Geschäftsaufgaben ist 1993 die Zahl der Konkurse in der Schweiz mit über 10 000 neu eröffneten Verfahren und mit geschätzten Verlusten von 2,5 Mrd. rekordbrechend geworden. In einigen Fällen konnten spektakuläre Pleiten von grossen und traditionsreichen Firmen trotz enormer Substanzverluste gerade noch verhindert werden. Die Liste der Aktien, die keine Dividenden mehr abwerfen, ist nachgerade lang und deprimierend. Andere Börsenpapiere wiederum haben im Gegensatz dazu eine beispiellose Hause erlebt. Am Finanzplatz bereitet eine neue Modeerscheinung zunehmend Missbehagen: die sog. derivativen Finanzinstrumente schiessen wie Pilze aus dem Boden, und deren



Herbstsession der Bundesversammlung in Genf
Wegen Renovationsarbeiten im Nationalratssaal in Bern tagen die eidgenössischen Räte erstmals ausserhalb der Bundesstadt.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

explodierendes Volumen und immer komplexer werdende Konditionen werden von der eidg. Bankenkommission mit steigender Besorgnis beobachtet. Ernüchternd ist vollends, dass Mitte April in einer Schweizer Grossbank nun zum erstenmal ein wirklich schwerer Fall von Geldwäsche aufgeflogen ist, in welchen ein Vizedirektor verstrickt ist; es sind in diesem Zusammenhang 150 Mio. schmutziger Gelder kolumbischer Herkunft beschlagnahmt worden.

Zum Schluss des Abschnitts über das Geschehen in der Schweiz noch einige Personennachrichten im politischen Bereich: Am 29. November wurde im Nationalrat die Sozialdemokratin Gret Haller (Bern) und im Ständerat der Freisinnige Riccardo Jagmetti (Zürich) zu neuen Vorsitzenden in den beiden Kammern erkoren. Am 8. Dezember geschah wie üblich die Wahl des neuen Bundespräsidenten durch die Vereinigte Bundesversammlung. Mit 167 Stimmen brachte es der Chef des Finanzdepartements, Bundesrat Otto Stich (SP), für 1994 zu dieser Ehre; zum Vizepräsidenten wurde Bundesrat Kaspar Villi-



Regierungsrat Hans Lauri

Der SVP-Vertreter und Oberzolldirektor Hans Lauri wird in den Regierungsrat des Kantons Bern gewählt und tritt als Finanzdirektor die Nachfolge von Ueli Augsburger an.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

ger (FDP) mit 198 Stimmen gewählt. Im gleichen Monat wurde vom Bundesrat als Ersatz für den altershalber zurückgetretenen Bundesanwalt Willy Padrutt die Tessiner Staatsanwältin Carla del Ponte zur neuen Bundesanwältin nominiert. In der Person von Myrtha Welti (SVP) erhielt zum erstenmal eine Bundesratspartei eine Frau als Generalsekretärin. Miliz-Brigadier Peter Arbenz, vormals Direktor des Bundesamts für Flüchtlingswesen, ist im März zum Generalinspektor der UNO-Friedenstruppen in Ex-Jugoslawien ernannt worden. An der Landsgemeinde von Appenzell-Ausserrhoden wurden im Ring

erstmals zwei Frauen in die kantonale Regierung gewählt; diese Pionierrolle fiel Marianne Kleiner und Alice Scherrer zu (beide FDP). Schliesslich ist festzuhalten, dass in der Zeit vom 3. bis 5. November die sympathische Königin Beatrix der Niederlande mit ihrem Prinzmahl auf offiziellem Staatsbesuch in der Schweiz weilte.

* * *

Die Szenerie des *Kantons Bern* war geprägt von spannenden Urnengängen einerseits und von Finanzsorgen andererseits. Am 6. Juni akzeptierten die Stimmbürger mit 265 000 Ja gegen 76 000 Nein die neue bernische Staatsverfassung. Am 26. September verworfen sie die Aareschutz-Initiative, stimmten aber einer Staatsanleihe von 700 Mio. Franken und dem revidierten Gesetz über politische Rechte zu. Am 28. November wurde ein Kredit von 111 Mio. für den Bau eines neuen Frauenspitals in Bern und ein Kredit zugunsten der in Schräglage geratenen Kantonalbank gutgeheissen, während die Schneekanonen-Initiative bachab geschickt wurde. Auf das grösste Interesse stiessen jedoch die am 16./17. April fälligen Regierungsrats- und Grossratswahlen. Nicht nur ergab sich, dass der Berner Regierungsrat bürgerlich bleibt, sondern die bürgerlichen Kandidaten erhielten sehr respektable Stimmenzahlen. An der Spitze stand Justizdirektor Annoni (FDP), knapp gefolgt von Elisabeth Zölch (SVP, neu), Peter Schmid (SVP) und Peter Widmer (FDP). Mit mehr Mühe als der bisherige Oberzolldirektor Hans Lauri (SVP) und Dori Schaeer (SP) nahm Regierungspräsident Hermann Fehr (SP) die Hürde, im Gegensatz zum Bauernvertreter Ruedi Baumann (Freie Liste), der knapp auf der Strecke blieb. Der allgemeine Trend war auf Kontinuität ausgerichtet. Das bestätigte sich auch in den Grossratswahlen, in welchen es nur zu kleinen Parteiverschiebungen gekommen ist. Verhältnismässig am meisten Sitzgewinne erzielte die Autopartei, die mit einem Ruck von einem Ratsmitglied auf deren sechs avancierte. Die Grüne Partei ist im Grossen Rat nicht mehr vertreten. Viel Aufsehen erregte die Nichtwiederwahl des Grossratspräsidenten Peter Bieri

(SP) sowie die Tatsache, dass der Frauenanteil im kantonalen Parlament von bisher 18% auf nunmehr 25% zugenommen hat.

Was das Thema Finanzen anbelangt, so sind einmal die Nachwirkungen des Kantonalkreditdebakels zu erwähnen. Zwar belasten diese dank der Übertragung der zweifelhaften und schlechten Guthaben auf die neu gegründete Dezenium AG die Staatsbank in der Bilanz kaum mehr, aber nichtsdestoweniger bleiben sie für den Kanton eine schwere Bürde; für die Dezenium AG wird nämlich ihrerseits die Staatsgarantie beansprucht. Die Kantonalkredit, welche 1992 mit einem gigantischen Verlust von 355,4 Mio. aufgewartet hatte, konnte 1993 einen Gewinn von 19,7 Mio. erarbeiten. Sie hat sogar neue Kredite von total 1,1 Mrd. für kleinere und mittlere Engagements im Kanton Bern gewährt. Die Kantonalkreditaffäre hat im übrigen noch einen persönlich tragischen Aspekt erhalten, indem der vormalige Generaldirektor dieses Bankinstituts, Kurt Meier, am 29. April, nachdem er offiziell in Kenntnis gesetzt worden war, dass er sich wegen ungetreuer Geschäftsführung vor Strafgericht zu verantworten habe, Selbstmord verübt hat. Gleichzeitig ebenfalls Anklage erhoben worden ist gegen Kurt Meiers Nachfolger in der Bankleitung. Was die Staatsfinanzen betrifft, so sind diese, abgesehen von den Altlasten der Kantonalkredit, auf dem Weg der Besserung. Der wegen mangelndem Rückhalt in seiner Hauspartei aus dem Regierungsrat gedrängte Finanzdirektor Ueli Augsburger (SVP) konnte Ende April in einer Zwischenbilanz darauf hinweisen, dass das Defizit im bernischen Staatshaushalt, welches für 1992 843 Mio. betragen hatte, 1993 auf 258 Mio. zurückgegangen ist; für 1994 dürfe nochmals eine Verminderung des Defizits um 100 Mio. erwartet werden.

Von nicht geringer Bedeutung ist, dass das Verhältnis zwischen dem Kanton Bern und dem neuen Kanton Jura jetzt auf dem Weg zur Normalisierung sichtlich voranschreitet. Der Regierungsrat fasste anfangs Juli den Beschluss, die umstritten gebliebene Kantonszugehörigkeit der Gemeinde Vellerat durch deren Abtretung an



Regierungsrätin Elisabeth Zölch
Erstmals in der Schweiz wird im Kanton Bern mit Frau Zölch von der SVP – neben Frau Dori Schaefer (SP) – eine zweite Frau in eine kantonale Exekutive gewählt.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

den Kanton Jura ohne Gegenleistung einer Lösung entgegenzuführen. Ein entscheidender Schritt zur Versöhnung war sodann die am 25. März zustandegekommene bernisch-jurassische Vereinbarung betreffend die Schaffung einer «Assemblée jurassienne», die einem permanenten Dialog zwischen den beiden Kantonen dienen soll. Von grosser Bedeutung ist dabei die Anerkennung des Berner Jura durch die Regierung des Kantons Jura und deren ausdrücklicher Verzicht auf das Wiedervereinigungsge- setz «Unir».

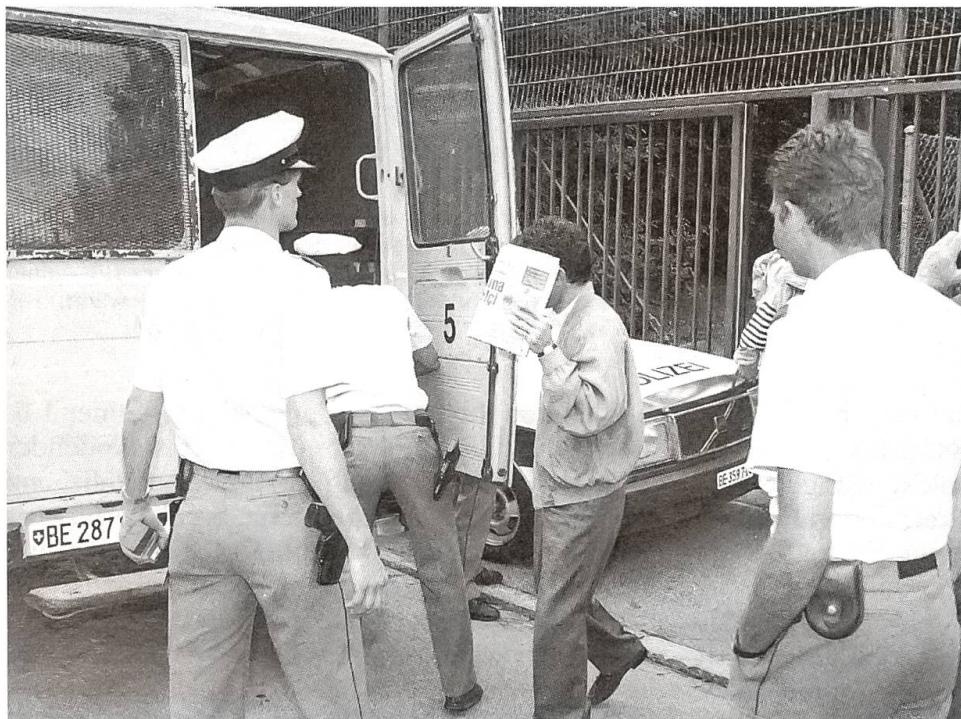
Justiz, Polizei und Strafvollzug gaben viel zu reden. Ende Mai 1993 sprach das Geschwore-

nengericht Bern-Mittelland in einem Revisionsprozess den zuvor wegen Mordes an seiner Ehefrau verurteilten Bruno Zwahlen mangels Beweises frei. Bei dieser Gelegenheit kam ans Tageslicht, dass ihm als Häftling in der Strafanstalt Thorberg seitens von Gefängnisdirektor Clavadetscher eine unstatthafte Sonderbehandlung zuteil geworden war. Eine Untersuchung bestätigte den Vorwurf «unrechtmässiger Privilegien», worauf Clavadetscher am 5. August unverzüglich demissionierte. Dessen designierter Nachfolger, Rosatti, musste seinerseits verzichten, nachdem er sich öffentlich dazu bekannt hatte, dass die Resozialisierung die primäre Aufgabe des Strafvollzugs sei und diese etwas höher gewertet werden müsse als der Schutz der Öffentlichkeit. Im übrigen hat auch der Direktor der Strafanstalt Hindelbank, Egger, auf das Jahresende, seine Demission eingereicht. In den Reihen der Kantonspolizei hat ein persönliches Ma-laise um sich gegriffen, das einschlägige Refor-

men nahelegt. Aufsehen erregt hat endlich eine Demonstration von Kurden, die am 24. Juni bis vor die türkische Botschaft und dort auf deren Liegenschaft vordrang. Dabei schossen Botschaftsangehörige, die sich direkt angegriffen und gefährdet sahen, in die Masse der Manifestanten hinein, wobei ein Kurde tödlich getroffen und sieben weitere Personen, darunter ein Polizist, verletzt wurden.

Erwähnenswert ist die erfolgreiche Durchführung der BEA vom 23. April bis 4. Mai. Die Ausstellung ist diesmal kombiniert worden mit einer auf grosses Interesse stossenden Veranstaltung «Pferd 94», in deren Verlauf auch Reitvorführungen mit aus Slowenien stammenden Lipizzaner-Pferden zu sehen waren. Die Besucherzahl stieg auf 330 000 an, 13% mehr als im Vorjahr. Unter den Personalnachrichten des Jahres interessiert unter anderem die Ernennung des bisherigen Generalsekretärs des EVED, Fritz Mühlmann, zum neuen Direktionspräsidenten der BKW und die Wahl von Grossrat F. A. Oehrli (SVP) zum neuen Präsidenten des bernischen Bauernverbandes als Nachfolger des zurückgetretenen Nationalrats Heinz Schwab.

Zur Chronik der Stadt Bern: Die seit Januar 1993 hier regierenden rot-grünen Mehrheiten in Gemeinderat (Exekutive) und Stadtrat (Legislative) betrieben eine provozierende Machtpolitik, wobei ein sonderbares Finanzgebaren auf Widerstand stösst. Bereits zweimal hat das Volk das Budget für 1994 abgelehnt, so dass diesbezüglich noch eine dritte Volksabstimmung



Schiesserei bei der türkischen Botschaft in Bern

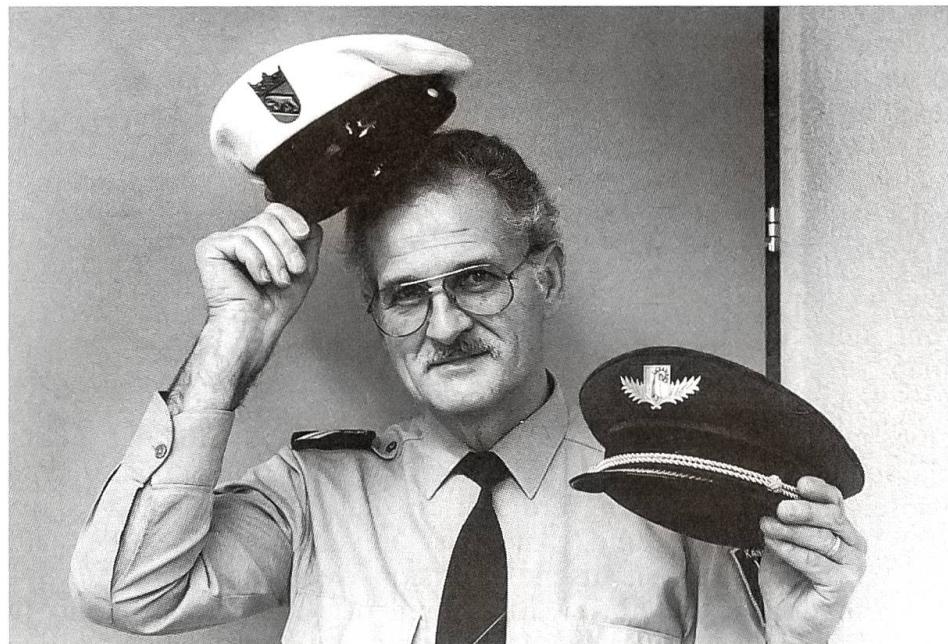
Nachdem kurdische Demonstranten am 24. Juni 1993 auf das Botschaftsgelände dringen, fallen plötzlich Schüsse. Ein Kurde wird getötet, die Berner Stadtpolizei nimmt eine Anzahl Demonstranten vorübergehend fest.

(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

nötig wird. Zuerst wurde trotz vorgesehener Steuererhöhung ein Defizit von 102 Mio. in Aussicht gestellt, beim zweiten Anlauf ein solches von 91 Mio. und jetzt immer noch ein Fehlbetrag von 79,5 Mio. Wird das Stadtberner Budget ein drittes Mal abgelehnt, so muss die Stadt vom Kanton finanziell bevormundet werden! Befremden erregte auch die vom Zaun gebrochene Auseinandersetzung mit dem Bundesrat betreffend die Stationierung von Militär in der Bundeshauptstadt. Die rot-grüne Allianz möchte offensichtlich etwa einen

Truppenvorbeimarsch des Berner Regiments inskünftig verunmöglichen und namentlich die Kaserne von militärischer Belegung frei halten. Auf der anderen Seite wird aber von ihr geduldet, dass das bestehende Verbot von Demonstrationen während den Sessionen vor dem Bundeshaus je nach Belieben missachtet wird.

Im Oktober konnte die Halenbrücke nach langwierigen Arbeiten wieder dem Verkehr übergeben und das Erweiterungsgebäude der Universität auf dem Fabrikgebäude der ehemaligen Schokoladenfirma Tobler («Unitobler») eingeweiht werden. Die Kunsthalle Bern feierte im August ihr 75jähriges Jubiläum. Die Überdeckung der N6 am Berner Ostring ist Mitte Februar mit einem Kostenaufwand von 23 Mio. fertiggestellt worden. Die Firma Ascom, die wegen Fehlinvestitionen und schlechten Geschäftsgangs ins Schleudern geraten ist, erlitt einen Umsatzrückgang von 3,1 Mrd. auf 2,2 Mrd. Die Zahl der Mitarbeiter musste von 15 000 auf deren noch 12 000 reduziert werden. Für den Gurten, den Hausberg der Stadt Bern,



Kantonswechsel für das Laufental

In der Volksabstimmung vom 26. September 1993 wird der Wechsel des Laufentals vom Kanton Bern zum Kanton Baselland vom Schweizer Volk gutgeheissen.

Unser Bild: ein neuer Hut für die Kantonspolizisten im Laufental.

(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

ergeben sich wieder bessere Perspektiven: die Migros will dort einen «Park im Grünen» errichten! In diesem Jahr fand wieder ein «Gurten-Festival» statt, diesmal mit Bob Dylan; aber bezeichnend für die gegenwärtige Flaute auf diesem eindrucksvollen Aussichtspunkt ist eben doch die im letzten Jahr von der Gurtenbahn erlittene Frequenzeinbusse um 35%.

Hans Rudolf Böckli

Konkurrenz

André Citroën, der Gründer des französischen Automobilkonzerns, reiste durch Amerika und besichtigte auch die Ford-Werke. Henry Ford erklärte ihm: «Eine Stunde und fünf Minuten, nachdem das erste Stück in der Hand des ersten Arbeiters ist, verlässt der Wagen die Fabrik.» – «Das ist noch gar nichts», erwiderte Citroën. «Bei uns bringt man nach einer Stunde und fünf Minuten, nachdem das erste Stück in den Händen des ersten Arbeiters ist, den Käufer des Wagens bereits ins Spital.»